

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Grundstücksvergabe

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bis zum 31. März 2008 zu berichten, wie bei der Verwertung landeseigner Liegenschaften – auch durch eine Direktvergabe – gewünschte Impulse der Stadtentwicklung, z.B. soziale Stabilität in den Quartieren und höheres Engagement in Wohnvierteln, ermöglicht werden können. Dies soll im Rahmen eines transparenten Verfahrens und nach vergaberechtlichen Grundsätzen des Landes Berlin erfolgen. Dabei ist darzustellen, wie neben der Pflege des Wohnbestandes im innerstädtischen Bereich bezahlbare Angebote im Wohnungsneubau u. a. für folgende Zielgruppen Berücksichtigung finden können:

- Genossenschaften
- Baugemeinschaften und Baugruppen
- Projekte des generationsübergreifenden Wohnens
- Wohngemeinschaften mit gemeinsamen Zielen
- Familien mit Pflege- und Betreuungsbedürftigen
- Selbsthilfegruppen
- Bauherren mit ökologischem Anspruch

In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit bestehende Erfahrungen aus Hamburg, aber auch aus anderen Bundesländern, im Rahmen der Preisfindung übernommen werden können. Ferner ist darzustellen, wie für potenzielle Kaufinteressenten, insbesondere gemeinwesenorientierte und gemeinwirtschaftliche Gruppen, die heute üblicherweise eingeräumten Fristen für eine Entscheidung mit dem Ziel verändert werden können, diesen eine ihren Bedingungen angemessene Überlegungs- und Kaufentscheidungszeit einzuräumen.

Begründung:

Die zielgerichtete Verwertung von Flächen und Grundstücken ist ein Schlüsselinstrument der Stadtentwicklung. Bei der Verwertung landeseigener Liegenschaften ist die Flächenvorsorge u.a. für Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Stärkung neuer Wohnformen und für zielgruppenorientierte Nutzungsangebote stärker zu berücksichtigen. Auch ist das Beratungsangebot, insbesondere für

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

gemeinwesenorientierte und gemeinwirtschaftliche Gruppen sowie für Initiativen des städtischen Wohnens (u.a. Genossenschaften, Baugruppen), zu verbessern. In diesem Zusammenhang sind gerade für die zuletzt genannten Gruppen, die sich üblicherweise nicht professionell mit der Entwicklung und dem Erwerb von Grundstücken beschäftigen, die Rahmenbedingungen zu verbessern bzw. zu erleichtern.

Berlin, den 10. Dezember 2007

Müller Dr. Arndt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Doering
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion